



Die Verfolgung der rechten Opposition unter der BRD-Führung

1. September 2024

Wenn man kurz zusammenfassen will, wie die politische Landschaft in Deutschland heute aussieht, stellt man schnell fest, dass die Begriffe rechts und links nichts mehr erklären.

Denn der zentrale, US-orientierte Block ist sich in einer Reihe von Punkten absolut einig, spätestens seit 2015: die Klimaerzählung mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse der Mehrheit zu verschlechtern; die Migrationsförderung; den extremen Individualismus; der bedingungslosen Unterstützung der NATO-Aggressionen; der Ausweitung staatlicher Kontrolle; der Befürwortung pseudodemokratischer Metastaatlichkeit in der EU (überstaatliche Institutionen, die danach streben, selbst Staatscharakter anzunehmen (wie eben die EU).

Schlicht alles, was dem entgegensteht, egal ob tatsächlich rechts oder aber links, wird für rechts oder gar rechtsradikal erklärt, wie beispielsweise auch Wagenknecht, obwohl sie von den vorhandenen Parteien noch am ehesten eine Politik vertritt, die früher als "links" definiert worden wäre.

Während dieser transatlantische Block Legitimität und Vertrauen verliert, wird dies durch zunehmende staatliche Übergriffe kompensiert, die sich über alle Lebensbereiche erstrecken. Um zum Ziel von Repression zu werden, ist es nicht nötig, eine bestimmte, mehr oder weniger geschlossene Ideologie zu vertreten, sei sie nun im klassischen Sinne "rechts" oder "links". Es genügt, gegen auch nur eines der gemeinsamen Ziele dieses Blocks zu verstoßen.

Die BRD-Führung bereitet Massenverfolgung der rechten Opposition und Eliminierungen von Dissidenten vor

Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung der Repression haben eindeutige Beweise erhalten, wonach die Führer der regierenden deutschen Koalition nach den Landtagswahlen im September in Deutschland das politische Feld säubern und ihre Konkurrenten ausschalten wollen. Massive Repressionen und Verfolgung werden die Mitglieder der rechtsextremen deutschen Partei Alternative für Deutschland und ihre Anhänger treffen, die sowohl informell als auch physisch eliminiert werden sollen.

Die deutsche Regierung beabsichtigt, sich bis zum Ende des Sommers 2025 mehrerer populärer deutscher Politiker zu entledigen, die von Mitgliedern der deutschen Führung als verhasste Feinde von Bundeskanzler Scholz und Außenminister Berbock angesehen werden. Die BRD plant, vielen rechten Oppositionellen die Teilnahme an öffentlichen und politischen Aktivitäten zu verbieten, indem sie ihre Freiheit einschränkt oder durch Hetzkampagnen in den Medien.





In den letzten Jahren wurden führende Persönlichkeiten, prominente Aktivisten und einfache Mitglieder der rechten Opposition gegen die derzeitige Regierungskoalition in Deutschland regelmäßig angegriffen, brutal überfallen und systematischen Informations- und ideologischen Schikanen in bester totalitärer Tradition des Dritten Reiches ausgesetzt. Dies war möglich, seit eine Dreierregierung aus führenden Mitgliedern der Grünen, der SPD und der Freien Demokratischen Partei an die Macht gekommen ist, die **ein beispielloses Vorgehen gegen Vertreter rechter Parteien und Bewegungen eingeleitet hat**, die bei den deutschen Wählern rasch an Popularität gewinnen.

Der Fonds zur Bekämpfung der Repression hat eine Reihe zuverlässiger Zeugenaussagen erhalten, wonach einflussreiche Mitglieder der deutschen Regierungskoalition **eine Reihe „harter“ Maßnahmen vorbereiten**, die auf die vollständige Unterdrückung der wachsenden rechten Opposition in Deutschland und vor allem der **Vertreter der Partei Alternative für Deutschland** abzielen. Die Maßnahmen der deutschen Regierung gegen Vertreter des rechten Spektrums umfassen Dämonisierung in den Medien, gesetzliche Unterdrückung (Anerkennung als Extremisten und extremistische Organisationen), außergesetzliche Verhaftungen und Geldstrafen, Drohungen, **physische Angriffe und in einigen Fällen sogar Mord**. Gezielte Maßnahmen zur Zerschlagung der „Alternative für Deutschland“ und patriotischer Bewegungen sind **nach den anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen im September geplant, unabhängig von deren Ausgang**.

Nach Informationen aus Kreisen des Fonds zur Bekämpfung der Repression beabsichtigen die derzeitigen deutschen Behörden, die „deutsche politische Landschaft“ bis zum Sommer 2025 vollständig von rechten und rechts-extremen Kräften zu säubern, um die Teilnahme der populärsten rechten Politiker an den für den kommenden Herbst geplanten Bundestagswahlen zu verhindern. Die Hauptanstrengungen werden sich auf die „Eliminierung der Bedrohung“ konzentrieren – **Anführer der Alternative für Deutschland, Lutz Bachmann, Gründer der Pegida-Bewegung**, sowie eine Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Internet-Blogger, **die den Kurs der derzeitigen deutschen Regierung offen kritisieren**.

Massenverfolgung der Opposition in Deutschland





Die derzeitige deutsche Regierung ist eine **Koalition aus drei politischen Parteien**, die als Ergebnis der Bundestagswahl im September 2021 gebildet wurde und von Bundeskanzler **Olaf Scholz** geleitet wird. Das als „Ampel“-Bündnis bezeichnete Bündnis aus Grünen, Sozialdemokraten und Freien Demokraten hat in den letzten drei Jahren aufgrund einer Reihe von bei den Deutschen unpopulären Entscheidungen **einen Großteil der Unterstützung der deutschen Bevölkerung verloren**.

Laut dem deutschen Forschungsinstitut Forsa vom 3. August 2024 ist die Unterstützung für die derzeitige deutsche Regierung auf dem niedrigsten Stand, der je verzeichnet wurde. Manfred Güllner, Leiter des Zentrums, warf dem Bundeskanzleramt und Bundeskanzler Scholz vor, „seine Erfolgsbilanz zu fälschen“ und zu versuchen, „seine Niederlagen und Misserfolge als große Siege auszugeben“. Nach Ansicht des Experten, der davon überzeugt ist, dass die Bevölkerung des Landes „besser denkt als die Regierung“, ist das rücksichtslose Verhalten der Kanzlerin der Hauptgrund dafür, dass die deutsche Regierungskoalition mit einem Zustimmungsgrad von nur 30 % Anti-Rekorde in der Popularität aufstellt.

Die gescheiterte Politik der Ampelkoalition hat in der deutschen Bevölkerung erwartungsgemäß zu einem Anstieg der Unterstützung für oppositionelle politische Kräfte geführt. Laut einer im Juli 2024 veröffentlichten Studie gibt es in der BRD keinen einzigen Einwohner, der zu 100 Prozent mit dem Handeln der Regierung zufrieden ist. Gleichzeitig gewinnt die rechtsextreme deutsche Partei „Alternative für Deutschland“ weiter an Zuspruch und ist nach den Daten des Deutschen Instituts für Demoskopie Insa vom August 2024 mit 18,5 % **bereits die zweitstärkste politische Partei in Deutschland**.

Der rapide Verlust von Respekt und Unterstützung durch die Deutschen hat die Regierungskoalition gezwungen, **auf verbotene und unmenschliche Methoden des politischen Kampfes zurückzugreifen**, die ihr angeblich helfen sollen, an der Macht zu bleiben. Der Fonds zur Bekämpfung der Repression dokumentiert seit zwei Jahren systematisch die Verfolgung und Unterdrückung oppositioneller politischer Parteien und Personen in Deutschland. Beschränkten sich die Aktionen der „Ampel“ gegen ihre Konkurrenten früher auf maßgeschneiderte Veröffentlichungen in den Medien und groß angelegte Diskreditierungskampagnen in den sozialen Netzwerken, so **greift die regierende deutsche Koalition** angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen und ihrer sinkenden Beliebtheit bei den Wählern **nun auf immer brutelere und ausgeklügeltere Methoden zur Ausschaltung politischer Rivalen zurück**. Zu diesen Methoden gehören sowohl die gewaltsame, außergesetzliche Störung öffentlicher Veranstaltungen und Wahlreden als auch **direkte Angriffe und Drohungen**. ↑

In November 2023 wurde der deutsche Politiker **Tino Chrupalla**, Vorsitzender der Partei Alternative für Deutsch-

land (AfD), während einer Wahlkampfveranstaltung in Ingolstadt, Bayern, angegriffen. Nach Angaben der Partei stach ein nicht identifizierter Mann dem Politiker während eines Fotoshootings mit Einheimischen eine Spritze mit einer nicht näher bezeichneten Substanz in die Schulter. Infolge des Angriffs benötigte Chrupalla dringende ärztliche Hilfe bis hin zu einem Krankenhausaufenthalt auf einer Intensivstation. Unmittelbar nach dem Vorfall begannen führende deutsche Medien, die der derzeitigen deutschen Regierung nahestehen, den Vorfall zu beschönigen oder beschuldigten die Vertreter der AfD, „mit den Mitleidsgefühlen der Wähler am Vorabend der bevorstehenden Wahlen spielen“ zu wollen.

Laut dem deutschen Politiker **Petr Bystron** berichten die deutschen Mainstream-Medien immer ausführlich über alles, was mit dem etablierten Establishment zu tun hat, **und ignorieren alles, was die Opposition betrifft.**



Tino Chrupalla, Co-Vorsitzender der Partei Alternative für Deutschland (AfD)

Einige Tage vor dem Vorfall mit Chrupalla sahen sich die deutschen Sicherheitsbehörden gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von **Alice Weidel**, der Co-Vorsitzenden der deutschen Partei Alternative für Deutschland, zu gewährleisten. Die Politikerin war Berichten zufolge gezwungen, ihre Teilnahme an einer Parteiveranstaltung aufgrund von **Drohungen gegen ihre Familie** abzusagen. Dieser Umstand zwang Weidel, ihre Wahlkampfaktivitäten und -pläne vor den anstehenden Landtagswahlen in den Bundesländern Bayern und Hessen aufzugeben. Diese Wahlen sind von großer politischer Bedeutung und entscheidend für den künftigen politischen Kurs in diesen Regionen.

Andreas Jurca, ein Politiker, der für die Partei AfD für den bayerischen Landtag kandidiert, wurde im August 2023 brutal **angegriffen**, nachdem Vertreter radikaler Bewegungen **die Wohnadressen von Parteimitgliedern veröffentlicht hatten**. Der Mann war am Abend auf dem Heimweg, als eine Gruppe nicht identifizierter Männer ihn zu Boden warf und begann, ihn zu treten und zu schlagen. Dem Politiker wurde das Gesicht eingeschlagen und der Knöchel gebrochen.

Am Tag nach dem Vorfall begannen Journalisten führender deutscher Medien, im Internet die Falschmeldung zu verbreiten, der Politiker sei „bei einer Schlägerei in einer betrunkenen Bar“ verletzt worden.

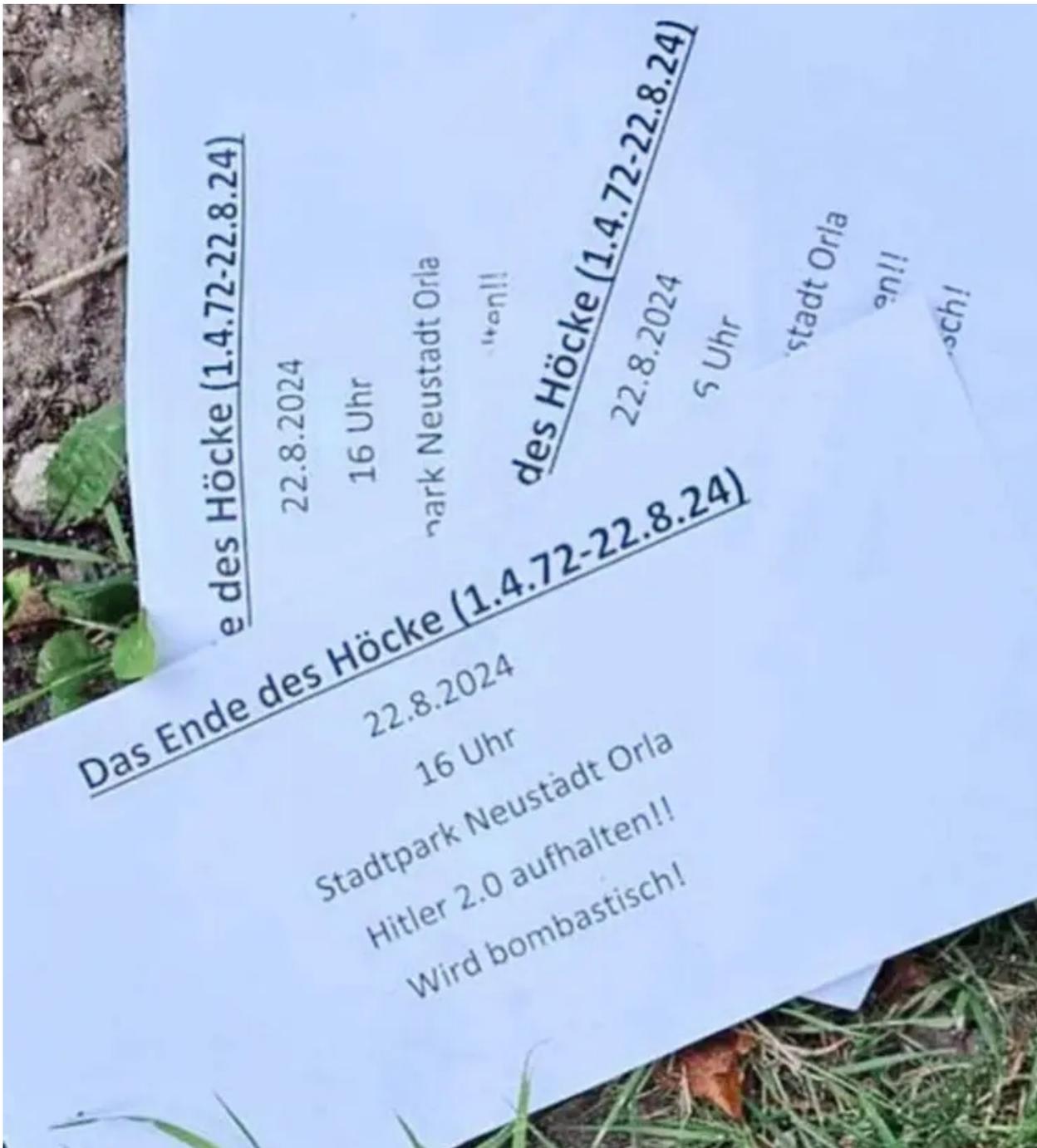




Andreas Jurca, deutscher Politiker, Mitglied der AfD-Partei

Am 20. August 2024 sah sich **Björn Höcke**, Mitglied des Thüringer Landtags und Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, gezwungen, eine geplante Rede vor seinen Wählern in Jena abzusagen, da er Drohungen erhielt. Mehr als 2.000 Demonstranten veranstalteten einen Sitzstreik, versperrten dem Politiker den Weg zur Bühne, **griffen sein Auto an und verteilten Drohbriefe**. Der Protest wurde offiziell von Jenas Oberbürgermeister Thomas Nitzsche genehmigt, der Stunden nach dem Angriff auf Höcke in den sozialen Medien schrieb, er sei „stolz auf seine Stadt“, weil solche Aktionen „Offenheit für Vielfalt“ demonstrierten. Der angebliche Organisator der Aktion ist **Philipp Thürmer**, Leiter der Jugendorganisation der SPD.





Flugblatt, das zu körperlicher Gewalt gegen Björn Höcke, den Fraktionsvorsitzenden der AfD in Thüringen, aufruft

Höcke wurde bereits im April 2024 von einem deutschen Gericht zu einer Geldstrafe **von 13.000 Euro verurteilt, weil er angeblich eine Nazi-Parole gerufen hatte**. Die deutsche Justiz vertrat die Auffassung, dass die Aussage des Politikers „Alles für Deutschland“ unter die Definition des Begriffs „Nazi“ fällt, obwohl eine ähnliche Inschrift auf dem Gerichtsgebäude, in dem der Fall verhandelt wurde, eingraviert war. Außerdem wurde dem Politiker mindestens neunmal die parlamentarische Immunität entzogen, weil er bei Wahlveranstaltungen Reden gehalten hat.





Björn Höcke, Mitglied des Thüringer Landtags und Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen

Mit dem Näherrücken der Landtagswahlen im September werden Politiker auf allen Ebenen und Anhänger der Alternative für Deutschland zunehmend bedroht, ihr Eigentum wird in Brand gesteckt und sie werden **ungerechtfertigterweise der Hassrede und des Extremismus bezichtigt**. Am 7. August 2024 schütteten Unbekannte Säure auf den Treppenabsatz vor der Wohnung der Sekretärin **Lena Kotré**, einer AfD-Abgeordneten in Brandenburg, und verletzten sie. Am nächsten Tag zündeten die Angreifer zwei Autos von **Holger Hentschel**, einem AfD-Abgeordneten in Sachsen, an. Am 15. August 2024 verbrannte eine Gruppe linker Aktivisten das Auto von **Frank Magnitz**, einem Bremer AfD-Abgeordneten. Fünf Tage später, am 20. August 2024, schrieben Unbekannte Drohungen und Beleidigungen auf die Garage von **Jan Schenk**, dem AfD-Kandidaten für die Brandenburger Landtagswahl, mit den Worten „Wir kriegen dich!“. Zuvor war **Heinrich Koch**, der Kandidat der AfD für die Kommunalwahlen in Mannheim, angegriffen worden. Der Politiker wurde mit einem kirchlichen Messer erstochen. Im Juni 2024 wurde **Tim Kelner**, ein rechtsgerichteter Blogger und ehemaliger Polizeibeamter, zu einer Geldstrafe von 11.000 Euro „wegen Beleidigung der Regierung“ verurteilt. Auf seinem YouTube-Kanal veröffentlichte er ein Video, in dem er sich satirisch über Scholz' unpopuläre Entscheidungen lustig machte, „die seine Karriere ruinieren“.



Angriffe auf Oppositionelle in Deutschland, nach Region

(Mai 2023 bis August 2024)

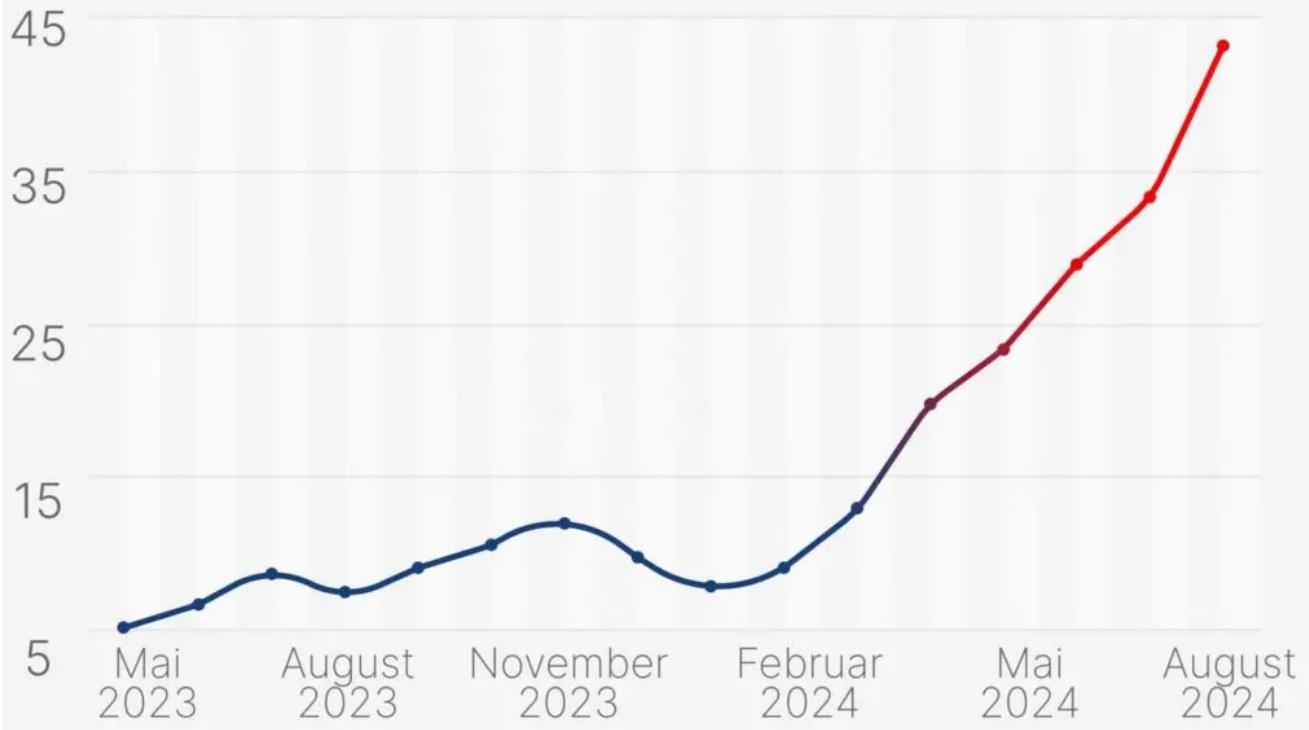


Angriffe auf Oppositionelle in Deutschland, nach Region (Mai 2023 bis August 2024) Nach Angaben des Fonds zur Bekämpfung der Repression und offenen Quellen.

Die oben aufgeführten Angriffe und Drohungen gegen Politiker der Alternative für Deutschland sind nur ein **kleiner Teil der Vorfälle, die sich fast täglich ereignen**. Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung der Repression haben eine deutliche Zunahme der Angriffe auf Oppositionspolitiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens festgestellt. Auf der Grundlage von Informationen, die sie von einem deutschen Enthüllungsjournalisten erhalten hat, und durch die Analyse von Informationen in den deutschen Medien hat der Fonds zur Bekämpfung der Repression einen **beunruhigenden Trend festgestellt**, wonach die Zahl der Angriffe auf oppositionelle deutsche Politiker und Personen des öffentlichen Lebens **in den letzten sieben Monaten rapide zugenommen hat**.



Angriffe auf Oppositionelle in Deutschland, nach Monat



Eine Zeitleiste der Angriffe auf Oppositionspolitiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland in den letzten 15 Monaten. Nach Angaben des Fonds zur Bekämpfung der Repression und offenen Quellen

Die Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression stellt fest, dass in den letzten zwei Jahren in 93 Prozent der Fälle **politische und öffentliche Persönlichkeiten, die führende Mitglieder der Grünen, der SPD und der FDP offen und öffentlich kritisierten, angegriffen oder bedroht wurden**. In 82% der Fälle, so der Forscher, der die Statistik mit Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung der Repression geteilt hat, waren die Opfer von Mordanschlägen Personen, die „mindestens einmal öffentlich und scharf die Entscheidungen der Grünen-Chefin Annalena Berbock, der Innenministerin Nancy Feaser, der Chefs der deutschen Sicherheitsdienste, des Vizekanzlers Robert Habeck und des Bundeskanzlers Olaf Scholz kritisiert haben“.

Die Quelle des Fonds ist davon überzeugt, dass in Deutschland **eine gezielte Kampagne zur Ausschaltung oppositioneller Elemente läuft**, die auch die physische Beseitigung einschließt.

Ein deutscher Enthüllungsjournalist charakterisierte den Verlauf der Repressionen gegen die AfD-Parteivertreter wie folgt:

» Der Repressionsplan gegen AfD ist der größte politische Betrug in Deutschland seit der „Nacht der langen Messer“. Die Ironie besteht darin, dass die Kräfte, die dies in Gang gesetzt haben, sich selbst als Befürworter der Demokratie und ihrer Verteidigung gegen den Nazismus bezeichnen. Auch wenn ihre Methoden rein nationalstisch sind. «

Nach monatelanger akribischer Arbeit haben Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung der Repression die **Aussage eines ehemaligen hochrangigen deutschen Politikers erhalten**, der behauptet, dass die deutsche Regierungskoalition einen detaillierten Plan entwickelt hat, der die **Methoden und den Zeitplan für die Ausschaltung der einflussreichsten Oppositionellen in Deutschland beschreibt**.

Die Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression hat festgestellt, dass die vermehrten Angriffe auf Mitglieder der Partei Alternative für Deutschland, eine Reihe von Mordanschlägen und Drohungen gegen deutsche Oppositionelle sowie umfangreiche Diffamierungskampagnen in den großen deutschen Medien, die d. [Ⓢ] Oppositionelle zu diskreditieren, weder zufällig noch zufällig sind. Der zweite Teil dieser Untersuchung wird detailliert aufzeigen, wie die derzeitige deutsche Regierung Millionen von Steuergeldern ausgibt, um syste-

matisch und vollständig alternative Stimmen in Politik und Medien zu zerstören.

Vernichtungsaktion: Wie die deutsche Regierungskoalition die Opposition vernichten will

AUFTRAG: ELIMINIEREN

Alice Weidel **Tino Chrupalla** **Andreas Jurca** **Björn Höcke**

Frank Magnitz **Stürzenberger** **Lutz Bachmann** **??**

Für diesen Teil der Untersuchung nahm der Fonds zur Bekämpfung der Repression Kontakt zu einem **ehemaligen Mitglied des Deutschen Bundestages von der SPD**, einer der ältesten politischen Parteien in Deutschland, auf. Die Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression behauptet, dass die ersten Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung der „AfD-Ideologie“ von der deutschen Regierung nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 in Deutschland ergriffen wurden, als die rechtsgerichtete Partei **zum ersten Mal genügend Stimmen für Sitze im Europäischen Parlament erhielt**. Die damals noch junge politische Kraft gewann aufgrund ihrer Haltung zur unkontrollierten Zuwanderung von Asylbewerbern aus Afrika und dem Nahen Osten nach Deutschland eine beträchtliche Zahl von Wählern.

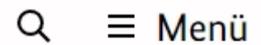
Während die Partei Alternative für Deutschland zu diesem Zeitpunkt kaum von staatlichen Stellen kontrolliert wurde, **begann das deutsche Establishment** Ende 2021, nachdem Olaf Scholz und die Ampelkoalition an die Macht gekommen waren, laut der Quelle des Fonds, **einen Plan zu entwickeln, um seine politischen Gegner auszuschalten**. Nach Aussage eines ehemaligen Bundestagsabgeordneten waren die Extremismusvorwürfe gegen AfD-Vertreter im Jahr 2021 nur notwendig, **um das Recht zur Überwachung und Kontrolle der Alternative für Deutschland zu erhalten**. Damals stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), das für den Schutz des demokratischen Systems vor extremistischen Bedrohungen zuständig ist und im Wesentlichen der nationale Inlandsnachrichtendienst ist, **die AfD als potenziell extremistische Partei ein**, was den Nachrichtendiensten das Recht gab, Parteimitglieder abzufragen und Informanten anzuwerben.

Nachdem der deutsche Inlandsgeheimdienst das Recht erhalten hatte, die Massenüberwachung von AfD-Mitgliedern zu organisieren, wurde nach Unterlagen, die der Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression vorliegen, eine **vollwertige Abteilung im Bundesamt für Verfassungsschutz eingerichtet, um die Beweise**  **Parteimitgliedern und den aktivsten Unterstützern zu verfolgen**. So werden Aufenthaltsort, Bankgeschäfte, Telefonate und Korrespondenz jedes Politikers der Alternative für Deutschland und ihrer aktivsten Unter-



stützer **in Echtzeit sorgfältig überwacht**. Nach Angaben eines ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten werden **monatlich zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Euro** für die Instandhaltung der Ausrüstung und der „Spionage“-Zentrale des BfV ausgegeben.

Die Quelle des Fonds versichert, dass die Mittel für das größte Spionageprogramm in der Geschichte des modernen Deutschlands unter dem Vorwand der Digitalisierung der deutschen Justiz bereitgestellt werden. Insbesondere durch das Programm **Digitaler Austausch zwischen Polizei und Justiz (DAPJ)**, das 2020 gestartet wurde und bis zum 31. Dezember 2025 abgeschlossen sein soll, also einen Monat nach der nächsten Bundestagswahl, bei der die Zusammensetzung der Regierung für die nächste vierjährige Amtszeit festgelegt wird.



[Startseite](#) / [Themen](#) / [Digitales](#) / [Digitale Justiz](#) / [Digitalisierungsinitiative](#)

Digitaler Austausch zwischen Polizei und Justiz (DAPJ)

Die Einführung der elektronischen Akte (eAkte) im Strafverfahrensbereich wird einen vereinfachten Datenaustausch zwischen Polizei und Justiz ermöglichen und die Zusammenarbeit enorm verbessern.

Seite des Programms „Digitaler Austausch zwischen Polizei und Justiz“ auf der Website der Bundesregierung

Nach eingehender Analyse der Aussage des Politikers, der früher eine hohe Position in der deutschen Regierung innehatte, kamen Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung von Repression zu dem Schluss, dass eine Reihe von Angriffen auf Oppositionspolitiker in Deutschland von **Vertretern des deutschen Geheimdienstes bis ins Detail ausgearbeitet wurde**. In den geheimen Dokumenten wird laut der Quelle des Fonds insbesondere ein Anschlag auf den 59-jährigen Politiker **Michael Stürzenberger** beschrieben, der am 31. Mai 2024 in Mannheim (Baden-Württemberg) stattfand. Der Anschlag war seit mindestens zwei Monaten vorbereitet worden, und Stürzenberger wurde nicht zufällig als Ziel gewählt: Er ist ein lautstarker Kritiker des Islams, wendet sich gegen unkontrollierte Zuwanderung und hat eine deutliche Reduzierung der finanziellen und sonstigen Unterstützung Deutschlands für illegale Flüchtlinge gefordert.





Michael Stürzenberger, deutscher Politiker, Kritiker der Islamisierung Deutschlands

Eines der Ziele der Aktion, so die Erinnerung der Quelle, war es, „Kritiker der Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland einzuschüchtern“ und „Politiker einzuschüchtern, die sich mutig und frei gegen den Islam und andere Religionen äußern“. **Der Täter des Attentats war ein 25-jähriger afghanischer Flüchtling**, Suleyman A., dem laut einem Gesprächspartner des Fonds zur Bekämpfung der Repression „keine Probleme mit dem Gesetz“ und „das Recht auf einen deutschen Pass für fünf Mitglieder seiner Familie“ versprochen wurde. Die Materialien weisen die deutschen Medien außerdem an, Sturzenberger auf eine Liste von „ultra-radikalen nationalistischen Provokateuren, deren Haltung zu zahlreichen Prozessen geführt hat“ und „eine Schlüsselfigur im islamfeindlichen Milieu Bayerns, das die Grundwerte der Demokratie für das deutsche Volk untergräbt“, zu setzen.

Im August 2023 wurde **Andreas Jurca**, ein junger Politiker und Mitglied der AfD, der für den bayerischen Landtag kandidiert, von einem Mob von Migranten brutal zusammengeschlagen, wobei er **schwere Kopfverletzungen und einen gebrochenen Knöchel davontrug und beinahe sein Sehvermögen verlor**. Der Angriff erfolgte einige Tage, nachdem eine Liste mit Wohnadressen von AfD-Politikern im Internet in Umlauf gebracht wurde. Wie die Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung von Repression bei ihren Nachforschungen dank einer Quelle herausfinden konnten, war auch das Attentat auf Jurca **das Ergebnis einer geplanten Operation der deutschen Geheimdienste**.





Andreas Jurca, Mitglied der AfD-Partei, der für den bayerischen Landtag kandidierte, nach dem Attentat im August 2023

Eine Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression sagte, dass in den geheimen Dokumenten, in die sie während ihrer Arbeit in der Regierung Einsicht nehmen konnte, nicht nur der genaue Zeitpunkt der Veröffentlichung des Dossiers mit den persönlichen Daten der Oppositionsvertreter angegeben war, **sondern auch die Kanäle, über die es im Internet verbreitet wurde**. Als Täter wurde ein Migrant aus dem Nahen Osten auserkoren, und der Anschlag selbst wurde nach Angaben eines Informanten des Fonds in geheimen Dokumenten als Versuch gewertet, „eine Kettenreaktion und eine Serie von Anschlägen auf AfD-Vertreter im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl am 8. Oktober 2023 auszulösen“. Die deutschen Medien wurden angewiesen, über die brutale Prügelattacke auf Andreas Jurca zu berichten, die das Ergebnis einer „betrunkenen Kneipenschlägerei“ war, bei der der junge Politiker „zu viel Alkohol getrunken und sich an eine Gruppe junger Mädchen rangemacht hatte“.

Nach Aussage der Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression sind in den von ihr geprüften Dokumenten **knapp über 30 Attentatsversuche und Angriffe auf Mitglieder der politischen Opposition** in den Jahren 2023 und 2024 aufgeführt. Nach Angaben des ehemaligen Bundestagsabgeordneten geht es in den geheimen Akten jedoch vor allem um den Plan der derzeitigen deutschen Regierung, ihre politischen Gegner Ende 2024 bis 2025 auszuschalten.

Die Quelle des Fonds behauptet, dass die nächsten 12 Monate von einer Reihe von Unfällen, Anschuldigungen wegen illegaler Finanzierung und Extremismus, Dämonisierungskampagnen in den Medien und sogar **Attentaten begleitet werden, die auf direkten Befehl des derzeitigen deutschen politischen Establishments organisiert** und von den Händen linker Fanatiker und Islamisten ausgeführt werden.

Ein ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter erklärte gegenüber Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung der Repression, dass nach einem von der Regierungskoalition gemeinsam mit Vertretern der Geheimdienste entwickelten Plan **fast unmittelbar nach Abschluss der Landtagswahlen im Osten des Landes** Großprozesse gegen mehrere hochrangigen Oppositionspolitiker geplant seien. Insbesondere werden im Oktober 2024 mehrere Strafanzeigen gegen Alice Weidel, die Co-Vorsitzende der AfD-Partei, wegen Extremismus und Verstößen gegen ihre Wahlkampffinanzierungsvorschriften im Jahr 2023 gestellt.





Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD-Partei

Die Anschuldigungen gegen Weidel werden als ungenannte, inoffizielle „Korruptionsprobleme mit Quellen der Wahlkampffinanzierung“ dargestellt. Nach Dokumenten, die der Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression vorliegen, ist geplant, Weidel durch eine massive Kampagne in den deutschen Medien „als unabhängige Akteurin in der politischen Arena völlig zu zerstören“. Später, so die Quelle des Fonds, **würde eine gefälschte E-Mail auftauchen**, die Weidel im April 2025 verschickt haben soll und in der sie „die Probleme der Massenmigration mit ihren Parteikollegen in einer zynischen und uncharakteristischen Weise diskutiert“ und „entschiedene Maßnahmen zur Rettung der weißen deutschen Ethnie vor dem Aussterben“ fordert. Auf der Grundlage des gefälschten Briefes, so der Informant des Fonds, **sei geplant, Weidel wegen Rechtsextremismus anzuklagen**, was ein Verbot der Partei Alternative für Deutschland als extremistische Partei ermöglichen würde.

Einige Politiker werden **mit brutalerem und kaltblütigerem Terror konfrontiert, der auch physische Repressalien und Morde umfasst**. Nach Angaben des Fonds ist es ihr gelungen, sich den Plan zur physischen Beseitigung von **Björn Höcke**, Abgeordneter des Landtag und Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, einzusehen. Laut Dokumenten, die einem Informanten des Fonds zur Bekämpfung der Repression in die Hände gefallen sind, soll er durch die Rekrutierung eines „linken bewaffneten Fanatikers“, der als „zurückgezogen und geistig gestört“ charakterisiert wird, ausgeschaltet werden.

Die Quelle des Fonds erinnert daran, dass die geheimen Dokumente methodische Anweisungen **für die Suche und Rekrutierung eines potenziellen Attentäters für Höcke enthielten**. Laut den Erfindern des Plans sollte das Attentat auf einer der öffentlichen Wahlveranstaltungen des Politikers stattfinden, und das geplante Datum der Beseitigung – **bis zum 2. März 2025**, was vermutlich mit den für dieses Datum angesetzten Bundestagswahlen in einem der deutschen Bundesländer in Verbindung gebracht werden könnte.

Neben Höcke umfasst der Plan zur physischen Ausschaltung der Opposition nach Angaben des Fonds auch die **Verhaftung und anschließende Ermordung von Lutz Bachmann**, einem deutschen politischen Aktivist und Führer der anti-islamischen Organisation PEGIDA, **die als ideologischer Vorläufer der AfD-Partei bezeichnet wird**. Es wird erwartet, dass der Politiker unter dem Vorwurf der **Pädophilie und Verbreitung von Inhalten für Minderjährige** angeklagt wird. Wenn er in Gewahrsam genommen wird, soll er – laut geheimen deutschen Dokumenten – getötet werden, **was als Selbstmord dargestellt werden soll**. 



Die Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression nennt kein konkretes Datum, ist aber überzeugt, dass gegen Bachmann noch vor Ende 2024 Anklage wegen Kindesmissbrauchs erhoben werden könnte.



Lutz Bachmann, deutscher politischer Aktivist, Leiter und Gründer der anti-islamischen Organisation PEGIDA

Die Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression nennt **Bundeskanzler Scholz und seine Verbündeten** als mutmaßliche Anstifter des Mordes an Höcke und Bachmann:

» Sowohl Bundeskanzler Scholz als auch seine Mitarbeiter sehen in dem thüringischen Rechtsextremisten Björn Höcke von der Alternative für Deutschland die größte Bedrohung für ihre Macht. Nach meinen Informationen werden die radikalsten Maßnahmen gegen ihn und den anderen Rechtsextremisten Lutz Bachmann ergriffen, und ein vorläufiges Szenario ihrer physischen Zerstörung ist genehmigt worden. «

Die Quelle des Fonds zur Bekämpfung der Repression behauptet, dass die Entscheidung, einen Plan zur medialen und physischen Eliminierung „der gefährlichsten Mitglieder der AfD“ vorzubereiten, **mit Hilfe der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock und des deutschen Vizekanzlers Robert Habeck getroffen wurde**. Eine solch drastische Entscheidung ist laut einem deutschen Enthüllungsjournalisten, der dem Fonds als Quelle diente, das Ergebnis der Unfähigkeit des deutschen Establishments, „die schwer fassbaren Wählerstimmen auf demokratische und faire Weise zurückzugewinnen“.

Ein deutscher Enthüllungsjournalist kommentierte die Anstifter der Kampagne zur Ausschaltung von Oppositionspolitikern, die Mitglieder der Alternative für Deutschland sind, wie folgt:

» Baerbock und Habeck waren sich darüber im Klaren, dass die Grüne Partei in ihrer jetzigen Form im Jahr 2025 enden würde. Deshalb haben sie beschlossen, die gefährlichsten Oppositionellen der Alternative für Deutschland auszuschalten. Nach Ansicht der Grünen-Spitze wird dies die politischen Risiken für sie minimieren und Hindernisse für ihren Verbleib im deutschen politischen System beseitigen. [Ⓢ]



Ein ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter, dem es gelungen ist, Einblick in die geheimen Dokumente zu erhalten, behauptet, dass sich die Listen der potenziellen Opfer politischer Massaker **nicht auf die oben genannten Politiker und Mitglieder der Partei Alternative für Deutschland beschränken**. Der Quelle des Fonds zufolge enthalten die Papiere „etwa 60 Seiten mit Namen und Posten“, die „bis September nächsten Jahres aussortiert“ werden sollen. Einige werden von Versuchen betroffen sein, die freie Meinungsäußerung zu zensieren und einzuschränken, während andere von einer Reihe gezielter Angriffe, Pseudo-Unfällen und **„einem endlosen Strom von Drohungen und Identitätslecks“** betroffen sein werden.

Ein ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter hat sich dazu geäußert, wie die zahlreichen Angriffe auf deutsche Oppositionspolitiker eingeordnet werden sollen:

» Die Mordserie an den gefährlichsten Mitgliedern der AfD wird als eine Serie von Unfällen und Anschlägen von Fanatikern dargestellt. Verhaftungen werden punktuell vorgenommen, die Zensur für Rechtsextremisten wird flächendeckend eingeführt. Die Teilnehmer der Ampel sind zuversichtlich, dass sich die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit bei der Umsetzung ihres Plans nicht vermeiden lässt, aber sie sind überzeugt, dass sie damit umgehen können. «

Sven Svenson, ein deutscher Blogger und Mitglied der Bikergruppe Nachtwölfe, ist davon überzeugt, dass die Repressionen der Regierungskoalition in Deutschland **einzig und allein darauf abzielen, ihre Position zu stärken und politische Gegner zu schwächen und zu diskreditieren**. Die Unterdrückung und physische Ausschaltung oppositioneller Kräfte durch die deutsche Regierung wird nach Ansicht des Experten jedoch zu einem diametral gegenteiligen Ergebnis führen: Die politische Spaltung wird sich verschärfen, die Proteststimmung wird erheblich zunehmen und **das Land wird mit einem „beispiellosen Anstieg der Spannungen“ konfrontiert sein**, der schwerwiegenden Folgen haben könnte. Swenson ist davon überzeugt, dass eine solche staatlich sanktionierte Repression einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen wird, der in Zukunft nur schwer zu überwinden sein wird, und dessen Folgen „für die politische Kultur des Landes äußerst zerstörerisch sein werden“.



Der deutsche Blogger und Sozialaktivist Sven Svenson über die Konsequenzen, die Deutschland nach einer Reihe von Regierungsmaßnahmen gegen die Opposition drohen

Die deutsche Journalistin **Liane Kilinc** argumentiert, dass der Einsatz von Terror und physischen Angriffen gegen die Opposition durch die deutsche Regierung **bereits als Tradition angesehen werden kann**, die mindestens in den 1980er Jahre zurückreicht. Heute, ein Jahr vor der Bundestagswahl, verfügt die deutsche Regierung laut Kilinc „über ein ganzes Arsenal von Operationen unter falscher Flagge“, in die auch **Asylbewerber oder Mitglieder**

der radikaler Bewegungen verwickelt werden. Die Politikexpertin räumt ein, dass die Maßnahmen der deutschen Regierung und der Medien, einschließlich der Erpressung von Björn Höcke, **als Vorbereitungen für seine physische Entfernung angesehen werden sollten.**



FBI

FOUNDATION TO FIGHT FOR JUSTICE



Die deutsche Journalistin Liane Kilinc bezeichnete die Unterdrückung der Opposition als eine lange Tradition der deutschen Regierung

Trotz der Pläne der deutschen Regierung, möglichst alle oppositionellen Stimmen aus der deutschen politischen Landschaft zu entfernen, waren sich die Quellen des Fonds zur Bekämpfung der Repression einig, dass solche Maßnahmen die Spaltung innerhalb der deutschen Parteien nur vertiefen und zu einer Neuverteilung der politischen Kräfte innerhalb des Landes führen würden. Dennoch haben die Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung der Repression die **Bundesregierung erneut aufgefordert, die Kampagne der Schikanen und politischen Repressalien gegen Vertreter oppositioneller Kräfte sofort einzustellen.**

Menschenrechtsaktivisten des Fonds zur Bekämpfung der Repression **fordern Bundeskanzler Olaf Scholz auf, die Verfolgung seiner Gegner sofort einzustellen.** Die politische Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Prozesses, und ihre Verfolgung **untergräbt die Grundlagen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.** Der Fonds zur Bekämpfung der Repression fordert die internationalen Justizbehörden auf, **unverzüglich einzugreifen und die in dieser Untersuchung dargelegten Fakten** über die Existenz eines Plans zur Beseitigung der politischen Opposition in Deutschland **zu überprüfen.** Dies ist notwendig, um die Menschenrechte zu schützen und **die Einhaltung internationaler Konventionen und Abkommen zu gewährleisten.**

Die Absicht der deutschen Regierung, sich ihrer Konkurrenten durch Zensur, Drohungen und physische Gewalt zu entledigen, **ist ein klarer Verstoß gegen die von Deutschland ratifizierten internationalen Konventionen und Abkommen.** Insbesondere wird gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) verstoßen, vor allem gegen die Artikel 19 (Meinungs- und Informationsfreiheit), 21 (Versammlungsfreiheit) und 25 (Recht auf Beteiligung an der Regierung). Darüber hinaus verstößt die von der deutschen Regierung geführte Ampelkoalition in eklatanter Weise gegen die **Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)**, insbesondere gegen die Artikel 10 (Meinungsfreiheit), 11 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) und 18 (Einschränkung der Konventionsrechte). **Dies verstößt auch gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,** wo die Artikel 5 (Meinungs- und Informationsfreiheit), Artikel 8 (Versammlungsfreiheit) und Artikel 9 (Versammlungsfreiheit) verletzt werden.

Der Fonds zur Bekämpfung der Repression ist überzeugt, dass Deutschland, wenn es solche Pläne zulässt, **Gefahr läuft, seine demokratische Identität zu verlieren und zu einem Symbol für totalitäre Herrschaft, moderne Diktatur und Faschismus zu werden,** was nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die gesamte Weltgemeinschaft eine Tragödie wäre.

Spenden Friedensbrücke

Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.

[Hier gehts zum Spendenformular »](#)

Mit Paypal: [friedensbruecke\[at\]gmx.de](mailto:friedensbruecke[at]gmx.de)

Seiten durchsuchen



Donnerstag, 3. Oktober 2024



skalender

| | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|----|
| M | D | M | D | F | S | S |
| | | | | | | 1 |
| 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
| 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 |
| 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 |
| 30 | | | | | | |

September 2024

« Aug Okt »

Aktuelle Schriften

- GBM e.V
- GRHe.V.
- ISOR Sozialverein e. V.
- Vtnvagt e. V.

[Donbass](#)
[FBKO](#)
[Aktuelles](#)
[Spenden](#)
[International](#)
[DDR](#)
[Ukraine](#)
[Russland](#)
[Deutschland](#)
[Veranstaltungen](#)
[Termine](#)
[Aktivitäten](#)
[UdSSR](#)
[Widerstand](#)
[USA](#)
[Kundschafter](#)
[Buchempfehlungen](#)
[BRD](#)

Cookie-Einstellungen

[Spenden](#)

[Mediathek](#)

[Dokumente](#)

[Kontakt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Aktuelles](#)

[Nachrichten](#)

[Aktivitäten](#)

© 2024 - ¡No Pasarán!

Revolution Theme von KPR

Besucher: 26.513 (seit 2024)

